

Presseausendung | 14.11.2012

Thema: Repräsentative Bevölkerungsbefragung „Höherer Bürgerschutz“

Bevölkerung beunruhigen Internetkriminalität und gestohlene Bank- und Kreditkarten.

Bürgerschutz ist ein zentrales Thema der Politik. Ständig werden mehr oder weniger wichtige Themen diskutiert. Doch wo sehen die Wähler Handlungsbedarf? Einen interessanten Einblick geben aktuelle Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung von KREUTZER FISCHER & PARTNER.

Einem repräsentativen Sample (n=423) der österreichischen Bevölkerung zwischen 18 und 70 Jahre wurden in einer telefonischen Befragung sieben Maßnahmen für einen besseren Bürgerschutz zur Bewertung vorgelegt. Anhand von Noten zwischen eins und fünf sollte die Wichtigkeit der einzelnen Maßnahmen bewertet werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen waren:

1. ein besserer Schutz vor Internet-Kriminalität,
2. wirkungsvolle Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen,
3. die lückenlose Durchsetzung eines generellen Rauchverbots in Lokalen,
4. mehr polizeiliche Anwesenheit in der Öffentlichkeit zur Abschreckung von Einbrechern,
5. ein wirksamer Schutz vor unbeabsichtigt hoher Mobiltelefon- und Internetnutzung,
6. mehr Konsumentenrechte bei gestohlenen und missbräuchlich verwendeten Bankomat- und Kreditkarten und
7. ein Verbot von Glücksspielautomaten außerhalb von Kasinos.

Das Ergebnis der Befragung ist eindeutig. Handlungsbedarf sieht die Bevölkerung primär im Bereich der Netzsicherheit und im Bargeldtransfer. So erachten 2/3 der Befragten einen „höheren Schutz vor Internet-Kriminalität“ als „sehr wichtig“. Etwa gleich hoch stuft man die Wichtigkeit von „mehr Konsumentenrechten bei gestohlenen oder missbräuchlich verwendeten Bankomat- und Kreditkarten“ ein.

Überraschend positiv steht man auch „Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen“ gegenüber. 57% der Befragten sehen diesbezüglich dringenden Handlungsbedarf („sehr wichtig“), wenngleich der Vorschlag wohl auch in überdurchschnittlich hohem Ausmaß zu einem sozial erwünschten Antwortverhalten motiviert.

Dafür erhält der Vorschlag von „mehr polizeilicher Anwesenheit in der Öffentlichkeit zur Abschreckung von Einbrechern“ eine vergleichsweise geringe Zustimmung, insbesondere in Anbetracht der intensiven medialen Diskussion des Themas noch vor zwei Jahren. Aktuell empfinden nur noch 44% der Befragten eine derartige Maßnahme als „sehr wichtig“. Offenbar spiegelt sich die neue Sicherheitspolitik nicht nur in der Einbruchstatistik wider, sondern wirkt sich auch positiv auf das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung aus. Und 36 Prozent der Befragten sehen

Handlungsbedarf für „mehr Schutz vor unbeabsichtigt hoher Mobiltelefon- und Internetnutzung“. Bei der Verortung dieser Bewertung ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren die diesbezüglichen Konsumentenrechte massiv gestärkt wurden, etwa durch Mitteilungsmails bei Überschreitung bestimmter Datenvolumina oder der Deckelung von Roaminggebühren. Ansonsten wäre der Wert wohl höher.

Tab.: Bewertung der vorgeschlagenen Handlungsfelder im Überblick | SEHR WICHTIG

| Fr. 1a - Fr. 1g Angaben in % | Erachten als "sehr wichtig"... | | | | | | | | | | |
|---------------------------------------------------------------|--------------------------------|--|--|--|--|--|----|----|--|----|----|
| Höherer Schutz vor Internet-Kriminalität | | | | | | | | | | | 63 |
| Mehr Konsumentenrechte bei gestohl. Bankomat-/Kreditkarten | | | | | | | | | | | 61 |
| Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch unter Jugendlichen | | | | | | | | | | | 57 |
| Mehr Polizei i.d. Öffentlichkeit geg. Einbrecher | | | | | | | | 44 | | | |
| Schutz vor unbeabsichtigt hoher Mobiltelefon-/Internetnutzung | | | | | | | 36 | | | | |
| Verbot von Glücksspielautomaten | | | | | | | 34 | | | | |
| Durchsetzung generelles Rauchverbot in Lokalen | | | | | | | | | | 18 | |

Quelle: KREUTZER FISCHER FISCHER & PARTNER | Marktanalyse

Aus Sicht der Bevölkerung eher sekundär ist hingegen ein Verbot von Glücksspielautomaten außerhalb von Kasinos. Der Vorschlag rangiert bezüglich der Wichtigkeit nur an vorletzter Stelle. Offenbar wird das Thema von Teilen des politischen Establishments überbewertet. Überraschenderweise die geringste Priorität hat aus Sicht der Bevölkerung eine „die lückenlose Durchsetzung eines generellen Rauchverbots in Lokalen“. Nur 18% befinden eine derartige Maßnahme als „sehr wichtig“, weitere 14% als wichtig. 40% sprechen sich indessen strikt dagegen aus. Die Mehrheit der Österreicher ist mit der aktuellen Regelung zufrieden.

Zeichen: 3.145 (ohne Leerzeichen)

KREUTZER FISCHER & PARTNER Consulting GmbH

A-1070 Wien – Wimbergergasse 14-16

Kontakt: Mag. Alexandra Wailzer | Tel: 01/470 65 10-13 | Email: aw@kfp.at